

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:  
Riesau  
Jahrgang Nr. 20.  
Beilage Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Stolzenhain, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptamts Meißner Gesundheitsämter bestimmte Blatt.

Postfach:  
Riesau 1898.  
Strolcher  
Riesau Nr. 22.

Nr. 24.

Sonnabend, 28. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Gebühren der Presse und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Käufern für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Arbeit beträgt, wenn der Betrag vorläufig durch die Auftraggeber in Kontants gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesau. Achtung! Ausrüstungsbeilage: "Kämpfer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Goethestraße 28. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesau; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesau.

## Deutschlands Ostpolitik.

Die Anwesenheit des litauischen Ministerpräsidenten in Berlin ist wohl in der Hauptsache die logische Folgerung der erhöhten Initiative Deutschlands in der Behandlung der so wichtigen Ostfragen. Die gegenwärtige Aussprache in Berlin hat nicht allein den Zweck, die großen bestehenden Differenzen politischer Art zwischen Deutschland und Litauen zu klären, sie soll auch eine praktische Grundlage herstellen, auf der sich eine tatsächliche wesentliche Annäherung der beiden Völker ermöglichen läßt. Der erste Teil der Verhandlungen zwischen Woldemaras und dem deutschen Reichsaußenminister war lediglich den Fragen politischer Natur gewidmet, also den Gegensätzen, die sich auf Grund der Memelfrage zwischen Berlin und Romo aufgetan haben. Soweit der bisherige Gang der Aussprache über diese politischen Fragen erkennen läßt, scheint sich hier tatsächlich eine gewisse Wiederannäherung der Meinungen zu ergeben. Man spricht bereits davon, daß der Austausch der Ansichten durchaus die Möglichkeit erbracht hätte, den von beiden Seiten erstrebten Schiedsvertrag zwischen den beiden Ländern Tat werden zu lassen. Ob ein solcher Optimismus in der Bewertung einer Berliner Einigung über die politischen Fragen des deutsch-litauischen Ausgleichs berechtigt ist oder nicht, sei dahingestellt. Immerhin dürfen solche vertragliche Abmachungen, wie sie jetzt in Berlin zwischen den Vertretern der beiden Länder getroffen werden, entschieden höher zu bewerten sein als die mündlichen Zusicherungen, die Herr Woldemaras einst in Genf machte und die er dann in der Praxis stets auch prompt brach.

Die Wiederannäherung der beiden Völker wird aber keineswegs ihre einzige Kraft aus einer glücklichen Vereinigung von Meinungsständen ziehen, sie hat sich, wie dies auch der Zweck der Verhandlungen in Berlin darlegt, wohl in der Hauptsache auf die starke wirtschaftliche Bindung, die noch herzustellen wäre, aufzubauen. Diese wirtschaftliche Annäherung ergibt sich aus der geographischen und politischen Lage der beiden Länder von selbst, sie hat keine geheimen Ziele im Auge, sie beabsichtigt nicht einen politischen Faktor zu schaffen, der zu politischen Abmachungen Anlaß geben könnte. Das sind Feststellungen, die ganz besonders an die Adresse Warschauer gerichtet sind. Hat sich doch gerade in Polen auf Grund der Anwesenheit des Herrn Woldemaras in Berlin und des anscheinend günstigen Verlaufes der Aussprache eine merkliche Nervosität und Unruhe in der polnischen Öffentlichkeit verbreitet, die andererseits völlig grundlos sind. Würde es tatsächlich der Berliner Aussprache gelingen, die konkreten Voraussetzungen für den Abschluß eines wirklichen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Litauen festzulegen, so würde dies doch noch lange nicht bezeugen, daß dieser Handelsvertragsvertrag eine Spitze gegen Polen haben soll. Deutschland hat wegen der Memelfrage ein großes Interesse daran, mit Litauen zu einer Einigung zu kommen, ein ebenso großes Interesse hat es daran, diese Einigung durch ein vertragliches Abkommen möglichst zu verfestigen und zu befestigen. Das sind alles Tendenzen und Absichten, die mit einer deutschen Spitze gegen Polen nicht das Geringste zu tun haben.

Es ist notwendig, diese Tatsache ganz besonders hervorzuheben, da leider festzustellen ist, daß die deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen in der letzten Zeit merklich ins Stocken geraten sind. Sowohl in der Frage des Niederlassungsrechts, als auch in der Frage der Valorisierung der Güter sind die Ansichten der beiden Verhandlungspartner immer noch nicht zu vereinigen. Es ist nun sehr leicht möglich, daß Warschau diesen toten Punkt der deutsch-polnischen Verhandlungen mit der Aussprache des Herrn Woldemaras mit Stresemann in Zusammenhang bringt, um so einen gewissen Druck ausüben zu können. Das Bestehe einer solchen polnischen Einstellung haben wir bereits oben dargestellt. Wenn so abgefragt werden muß, daß die deutsch-litauischen Verhandlungsbemühungen irgend etwas mit dem mehr oder weniger allfälligen Gang der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen zu tun haben, so besagt dies nicht, daß es heute überhaupt kein politisches Ereignis gibt, das die Verhandlungen zwischen Warschau und Berlin behindern könnte. Ein solch neuer politischer Faktor ist eingetreten. Er ist in der neuen Grenzverordnung des polnischen Innenministers zu erblicken. Was besagt diese neue Grenzverordnung? Mit Rücksicht auf die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Ordnung kann der ausländische Botenpost in der Grenzzone einzelner Ausländer verboten a) den Besitz, die Führung, Nutzung und Verwaltung von Grundstücken; b) die Ausübung von Handel und Gewerbe; c) die Leitung und Durchführung von Arbeiten und Unternehmungen. Nach diesem Gesetz ist Ausländern verboten der Erwerb von Grundstücken und der weitere Besitz von Grundstücken, die durch Erbschaft erworben wurden. Es genügt, sich den Sinn und schließlich auch den Zweck der Bestimmungen dieser neuen polnischen Grenzverordnung vor Augen zu führen, um festzustellen, daß, sollte sie wirklich bestehen bleiben, ein schwerwiegendes Hindernis für das Zustandekommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages wohl kaum errichtet werden könnte. Die deutschen offiziellen Stellen haben selbstverständlich sofort nach Bekanntwerden dieser seltsamen polnischen Grenzverordnung Warschau um Aufklärung gebeten. Wie so oft, so stellte sich auch diesmal heraus, daß das polnische Außenministerium, also Herr Jaleski, von dieser Grenzverordnung des polnischen Innenministeriums keine Ahnung hatte. Ob das Durcheinander in den Arbeiten der verschiedenen Ressorts in Warschau wirklich so groß ist, wie dies das polnische Außenministerium erkennen ließ,

## Tumultszenen im Reichstag.

### Erklärungen Dr. Hergts bei den Justizberatungen.

vda. Berlin, 27. Januar.

#### Die heutige Reichstags-Sitzung, in der die zweite Beratung des Justizgesetzes

fortgesetzt wurde, fand ihren Abschluß in erregten Tumultszenen.

Als erster Redner hatte der Abg. Dr. Gans (Dem.) Charles Knappke gegen die Rechtsprechung in politischen Fragen gerichtet, die von dem kommunistischen Abg. Wismars unter Anführung vieler Beispiele noch verhärtet wurden.

Abg. Dr. Pflafer von der Bayerischen Volkspartei wandte sich besonders gegen den demokratischen Antrag auf Übertragung der Justizhoheit der Länder auf das Reich. In diesem Sinne sprach auch der Deutsch-Dänischer Abgeordnete gegen die Verwirklichung der Justiz.

Der bayerische sozialdemokratische Abg. Soegner ging auf das bisherige Ergebnis der Untersuchung der Vorgeschichte des Hitler-Putsches durch den bayerischen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, um zu der Schlussfolgerung zu kommen, daß die Justiz wegen der überführten Hochverräter Raab und Kossow nicht eingeschritten sei. Mit dieser bewußten Schonung von Hochverrätern habe die Reichsjustiz sich um den letzten Rest des Vertrauens gebracht. Der Redner fragte den Justizminister, ob er nun mehr den Oberreichsanwalt zur Anklageerhebung gegen Raab und Kossow veranlassen wolle.

#### Reichsjustizminister Hergt:

Auf die in der Debatte vorgebrachten kassischen Fragen werde ich morgen eingehen. Heute muß ich mich zu den Vorwürfen äußern, die der Redner mir aus der Art meiner Antwort auf die Ausführungen des Abg. Sandberg gemacht hat.

Ich habe meine Antwort vielleicht mit einer Ausnahme sachlich gehalten. Bei meiner Antwort auf die Angaben über die Stahlheim-Angelegenheit ist mir allerdings zu meinem Bedauern die Bemerkung entfallen, mit solchen Vorwürfen wolle sich Abg. Sandberg wirklich etwas lächerlich machen. Ich gebe zu, daß es besser gewesen wäre, wenn ich diesen Ausdruck nicht gebraucht hätte, aber verzeihen Sie mir, daß ich in der Debatte solche diese Bemerkung doch keine entschuldigende Rolle. Was die Frage zum Falle Klag betrifft, so habe ich objektiv die Stellung des Oberreichsanwalts erörtert. Darüber hinaus ist von mir als Minister ein eigenes Redesachen dazu verlangt worden. Ein solches Gutachten kann und darf ich aber nicht abgeben. Selbstverständlich werde ich auf alle Fragen antworten, die meine politische Verantwortlichkeit betreffen. Ich habe den Eid auf die Verfassung geschworen und ich halte ihn loyal. Ich werde selbstverständlich die Verfassung nur loyal auslegen und werde selbstverständlich keine illegale formalistische Auslegung zu irgend einem Zweck, der mit dem Geist der Verfassung in Widerspruch steht, billigen. Ich bin nicht in der Lage und berufen, mich über die bayerischen Verhältnisse im allgemeinen zu äußern. (Unruhe links.) Was Abg. Soegner mitgeteilt hat, ist ja nicht eine Feststellung, sondern es sind nur Meinungen, Behauptungen und persönliche Mitteilungen (Murm. Widerspruch links). Es ist noch gar kein abschließender Bericht des Untersuchungsausschusses erschienen. (Hört! Hört! rechts.) Ich habe mich wegen dieser Mitteilungen an die bayerische Regierung gewandt. Die bayerische Regierung ist im Augenblick nicht in der Lage, uns objektives Material darüber mitzuteilen. (Gelächter links.) Das Buch von Klag, dessen Verfassung hier verlangt wurde, ist schon 1912 erschienen, ohne daß man damals darin etwas Hochverräterisches sah. (Unruhe links.) Im Falle Klag konnte das Reichsgericht die Entscheidung nicht fällen, weil das Verfahren gegen Klag noch nicht beendet ist. Ich würde als Minister bei meinen Maßnahmen absolet keinen Unterschied zwischen rechts und links (lautes Gelächter links).

#### Bayerischer Staatsrat a. R. Klein

wendet sich gegen die Vorwürfe des Abg. Soegner gegen den bayerischen Justizminister. Er weist darauf hin, daß vor dem Hitler-Putsch in Bayern die Lage so gewesen sei, daß sich die Parteien mit gelandem Gewehr gegenüberstanden. Infolgedessen mußte der Justizminister als Staatsmann handeln (Gelächter links) und sich fragen, ob es zweckmäßig war, die Verhandlungen gegen die Freischärler fortzuführen zu lassen. Der andere Fall sei, daß der Justizminister den Staatsanwalt ersuchte, von der Verfolgung des Einmarsches gegen die Wehrdienstpflicht für Hitler abzusehen. Das sei alles, was man vorgebracht habe. (Laut. Zurufe links: Das genügt ja!) Wegen dieser Vorwürfe sei der Untersuchungsausschuß vom bayerischen Landtag eingesetzt worden. Dort habe der Justizminister Rede und Antwort gehalten. Es sei nun Sache des bayerischen Landtags, die Entscheidung zu treffen. Diese Entscheidung müsse abgewertet werden. Die Fälle Raab, Kossow und Seifer seien

recht dahin und ist auch schließlich für die Bewertung dieser Angelegenheit gleichgültig. Es wird sich ja in den nächsten Tagen herausstellen, ob der Erlaß der Grenzverordnung wirklich nur eine „rein technische“ Verwaltungsmaßnahme war, oder ob sie politischen Absichten entspreche. Wird sie

auch vom Oberreichsanwalt geprüft worden, der auf Grund der objektiven Tatsachen ebenfalls die Einstellung eines Verfahrens abgelehnt habe.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.)

verlangt eine Amnestie für die sogenannten Fremdenmörder, für den am Morhenau-Mord beteiligten Ledow und für die Grabergermörder Schulz und Tilsen. Die Schuld der Schulz und Tilsen wird freigesprochen, so fährt er fort, gegenüber dem todeswürdigen Verbrechen, die Graberger und Genssen gegen das deutsche Volk begangen haben. (Stürmische Appl.-Rufe und Entrüstungsausschreitungen links und im Zentrum.) — Vizepräsident Groef ruft den Redner zur Ordnung.

Als der Redner weiter auftritt, Graberger habe das deutsche Volk wehrlos gemacht, kommt es zu neuen Entrüstungsausschreitungen. Vizepräsident Groef erklärt, es werde nachher die Ausführungen des Redners prüfen und evtl. nachträglich einen Ordnungsruf erteilen. Abg. Dr. Fried verlangt dann unter wachsender Unruhe der Stufen die Anklage wegen Landes- und Volksverrats gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Herrn Müller, Scheidemann und gegen den Reichstagspräsidenten Lohde. Bei der Fortsetzung dieser Ausführungen steigert sich die Erregung in den Reihen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der kommunistische Abg. Florin tritt vor und ruft den Redner an: „Sie sind ein abgefeimter Lump!“ Vizepräsident Groef ruft den Abgeordneten Florin zur Ordnung und weist ihn unter großem Lärm aus dem Saal, als er keinen Versuch trotzdem dreimal wiederholt. Abg. Florin verläßt den Saal, während zwischen den Sozialisten und Kommunisten Schimpfworte ausgetauscht werden.

Als Abg. Dr. Fried fortfährt, ruft Abg. Lortzler (Komm.): „Diese wohl vorbereiteten Gemeinheiten deckt der Reichstag vom Karussell ab!“

Vizepräsident Groef erhebt um Ruhe und meint, er müsse die Redefreiheit des Redners schützen, solange er sich in parlamentarischen Formen halte. Darauf wird von links gerufen: „Die hat er längst verlassen, aber das hören Sie nicht!“ Der kommunistische Abg. Berg geht mitten in dem allgemeinen Lärm auf die Rednertribüne und stellt sich drohend vor den Abg. Fried, der keinerlei auch die Sprache halt und ruft: „Sowie Sie mich anfallen...“ Wütende und beschimpfende Ausbrüche kommen von rechts, Kommunisten von links die Treppe zur Rednertribüne herauf; aber es kommt nicht zu den erwarteten Zusammenstößen, sondern Abg. Berg scheidet sich schließlich dem Vizepräsidenten Groef, der ihn aus dem Saal weist.

Nachdem einigermassen Ruhe eingetreten ist, richtet Abg. Dr. Fried in der Fortsetzung seiner Rede Angriffe gegen den „Juden Hasen“. Der sozialdemokratische Abg. Dehning ruft den Demokraten zu: „Er beschimpft den toten Hasen und Ihr seid ruhig!“ Weitere Angriffe des Abg. Fried auf lebende und tote Republikaner werden links und in der Mitte mit Entrüstungsrufen beantwortet. Ein Kommunist ruft: „Der Präsident, müssen wir uns jede Frechheit gefallen lassen?“ Als Vizepräsident Groef meint, er könne den Redner nicht unterbrechen, ruft Abg. Jadoski (Komm.) dem Vizepräsidenten zu: „Wenn das so weitergeht, hole ich Sie herunter!“ Dr. Fried fordert weiter die Strafverfolgung des preussischen Staatssekretärs Dr. Weismann und des preussischen sozialdemokratischen Abg. Dellmann. Er schließt unter Unruhe mit folgenden Angriffen gegen die Republik, die er ein „ jämmerliches, auf Meinereid und Hochverrat aufgebauertes Gebilde“ nennt.

Von links und vom Zentrum kommen härmliche Pfau- und Schläger.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) ruft dem Vizepräsidenten Groef zu: „Wollen Sie denn nicht einschreiten?“

Vizepräsident Groef: Ich habe vorhin bereits gesagt, daß bei der allgemeinen Unruhe die Einzelheiten von mir nicht gehört werden. Ich behalte mir vor, die Rede nachher zu prüfen.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.): Die anderen schließen für mich! Das ist die Unparteilichkeit des deutsch-nationalen Vizepräsidenten!

Unter andauerndem großem Tumult wird die Weiterberatung auf Sonnabend, 12 Uhr, vertagt.

## Die heutige Reichstags-Sitzung.

Berlin. (Frankfurt.) Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Präsident Lohde, in der gestrigen Rede des Abg. Dr. Fried, während derer sich große Unruhe bemächtigt hatte, war eine große Anzahl großer Verbrechen gegen die parlamentarische Ordnung enthalten, die den Vizepräsidenten zu weiteren Maßnahmen veranlaßt hätten, wenn ihr genauer Wortlaut zu verstehen gewesen sei. (Gelächter rechts.) Der Vizepräsident hat auch sofort erklärt, daß er sich nach Einsichtnahme in das Protokoll weitere Maßnahmen vorbehalten werde.

lassiert, so mag man eheres annehmen, bleibt sie bestehen so weit die Reichsregierung, woran sie ist; schließlich auf Polen, warum die deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen kein befriedigendes Ergebnis zeitigen können.